

cc p.i. : R.P. Strasburg (12.3.)

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.2.Osteuropa-THU/BUG

Bern, den 3. März 1992

NOTIZ AN DEN STAATSEKRETÄRDIE SCHWEIZ UND DIE "NEUEN" BEDROHUNGEN AUS OSTEUROPA1. Die Bedrohung als Gegenstand der Wahrnehmung

Sowohl die Sicherheit des Staates als auch die Sicherheit des einzelnen wird notgedrungen mit Hilfe des noch weniger eindeutigen Begriffs der "Bedrohung" umschrieben. Die "Definition": Sicherheit = Nichtexistenz von Bedrohungen erleichtert immerhin den Zugang zur kognitiven Dimension des damit etwas weiter gefassten Problems, d.h. auch zur Unterscheidung zwischen tatsächlicher und wahrgenommener Bedrohung. Oft sieht man darüber hinweg, dass letztere nicht nur aus den "klassischen" Elementen Oekologie, demographische Entwicklung, Rüstung, nukleare Bedrohung etc. besteht, sondern dass es sich dabei auch um eine kollektive Verunsicherung und um grundsätzliche Zweifel an der westlichen Zivilisation handelt.

Dass "die Zukunft als solche" heute für nicht wenige eine Bedrohung darstellt, ist letztlich die Folge einer elementaren Veränderung des sozialen Umfelds. Der Lebensraum der Bevölkerungsmehrheit ist heute die Stadt, die von vielen als Natur verneinende und menschlich entwertende Umgebung wahrgenommen wird, in der alles einen Preis, aber nichts mehr einen Wert zu haben scheint. Nahezu alle Tätigkeiten, die sie in diesem Umfeld ausüben, sind organisiert oder abgesprochen, und eigenständige Handlungen drohen oft am Einspruch des Chefs, des Vermieters oder der Behörden zu scheitern. In ihren Augen ist der Schweizer vom selbstverantwortlichen Bauern zum abhängigen und entscheidungs-

an	API	DCP	KNO		
Datum	10.3				
Von	API				
EDA		10.0392	15		
Ref.	0-121.360 EST				

Dodis



scheuen Angestellten geworden, der trotz Organisation und totaler Kommunikation rat- und machtlos dem unaufhaltsamen Wertezerfall in seiner Gesellschaft gegenüber steht. Er weiss immer weniger, was er tut und tut es deshalb umso reibungsloser. Zumindest für einen Teil der Bevölkerung tragen die Umweltzerstörung, die technisierte sowie scheinbar ausschliesslich medienorientierte Öffentlichkeit und die Aussicht auf eine neue Elitegesellschaft zum Bewusstsein bei, dass unsere Gesellschaft zwar weiter existiert aber keine Zukunft mehr hat.

Diese apokalyptische Perzeption ist ein allgemeineres und in der Geschichte Europas wiederholt feststellbares Phänomen, das zwar von der Analyse der spezielleren, von Osteuropa ausgehenden Bedrohungen getrennt werden sollte, jedoch den westeuropäischen Empfindungshintergrund darstellt.

Darüber hinaus lohnt es sich, den Unterschied zwischen der subjektiv wahrgenommenen Bedrohung des einzelnen und der abstrakteren Bedrohung des Staates vor Augen zu behalten, auch wenn es zum Teil schwierig fällt, die nicht deckungsgleichen Bereiche voneinander abzugrenzen. So betrifft die Bedrohung durch Umweltschäden wesentlich mehr den einzelnen als den Staat an sich (wenigstens unmittelbar), während ein EG-Beitritt der Schweiz vom Schweizer selbst nicht unbedingt als Bedrohung wahrgenommen werden muss, obwohl es den Staat in seinem Wesen berührt.

2. Die ökologische Bedrohung

Zu den spätestens seit 1986 wahrgenommenen und tatsächlichen Problemen Osteuropas, die die Schweiz unmittelbar betreffen, gehören zweifellos die Folgen der Umweltschäden. Obwohl es sich erübrigt, ausführlich auf das Ausmass dieser Altlasten einzugehen, seien folgende Angaben in Erinnerung gerufen. Die Emissionen von NO_x ,

SO₂, CO₂, CO, NH₃ (Amoniak), Fluor- und Chlorverbindungen* durch Industrie, Kohlenkraftwerke und Kohlenheizungen sind in den meisten osteuropäischen Staaten unzumutbar hoch (vgl. Beilage 1, 2, 3). Gesundheitsschädigende Folgen (höhere Kindersterblichkeit, geringere Lebenserwartung, grösseres Krebsrisiko etc.) können überall nachgewiesen werden. Der globale Treibhauseffekt wird massgebend durch die Verbrennung von Braunkohle verschärft, da diese einen hohen Ascheanteil und niedrigeren Brennwert aufweist. Die Gewässerverschmutzung ist gemäss Angaben der Umweltorganisation WCU in Osteuropa derart hoch, dass beispielsweise in Polen nur 4 % aller Flüsse und 1 % aller Seen Wasser der Qualität I (d.h. nach Destillation trinkbar) enthält (vgl. Beilage 4). In der Tschechoslowakei und Ungarn erreichen die entsprechenden Werte 17 bzw. 20-25 %, während in Rumänien, Bulgarien und der ehemaligen Sowjetunion das Wasser an den meisten Orten nur noch nach chemischer Behandlung getrunken werden sollte. Die Ver-seuchung der Böden, das Waldsterben und die regionalen Katastrophengebiete (Copsă Mica, Aralsee etc.) seien in diesem Zusammenhang nur am Rande erwähnt.

Die knapp 60 Kernkraftwerke Mittel - und Osteuropas**, bei denen es sich (bis auf die Ausnahme eines westlichen Typs in Jugoslawien) ausschliesslich um Reaktoren sowjetischer Bauart handelt, bilden ein weiteres ökologisches Risikopotential von globaler Bedeutung. Obwohl sich auch Anlagen desselben Typs punkto Sicherheitszustand unterschiedlich präsentieren können, stehen dabei vor allem die Druckwasserreaktoren der ersten (Greifswald, Ex-DDR; Kozloduy, Bulgarien) und zweiten Generation im Vorder-

* Bekanntlich trägt die Verbrennung der praktisch nur noch in Osteuropa hergestellten PVC-Chlorverbindungen wesentlich zur Schädigung der Ozonschicht bei.

** 20 weitere Kraftwerke sind im Bau.

grund*. Erhebliche Sicherheitsdefizite liegen bei den aus militärischen Gründen nie exportierten Graphitreaktoren RBMK (Černobyl', Ukraine) vor. Bei den sechs Anlagen der ersten RBMK-Generation ist keine Aufrüstung mehr möglich, die für eine Behebung des Sicherheitsdefizits ausreicht. Auch für die zweite Generation ist eine wesentliche Risikoverminderung nur durch die vorsorgliche Stilllegung möglich. Folgerichtig hat deshalb das ukrainische Parlament inzwischen die Abschaltung der Blöcke 1-3 von Černobyl' bis 1994 (und den Bau eines zweiten Sarkophags über dem explodierten Reaktor) beschlossen, während in Kozloduy die Blöcke 1 und 2 stillgelegt wurden. Andere AKW's, wie die zwei grössten (1500 Megawatt) Reaktoren der Welt in Ignalia, Litauen (Typ: Černobyl'), werden aus wirtschaftlichen und administrativen Gründen nicht abgeschaltet.

Allein die nukleare Komponente der ökologischen Bedrohung, zu der im übrigen auch die radioaktiven Endlager in Seen, Schiffen und Meeren zählen, zeigt damit das Dilemma auf, dem sich die Politiker westlicher Staaten heute gegenüber sehen.** Den meisten ist dabei klar, dass letztlich nur zwei Möglichkeiten offen bleiben. Entweder man stellt den osteuropäischen Staaten die Mittel zur Verfügung, um in einer ersten Phase die dringlichen Nachrüstungsmassnahmen in Angriff zu nehmen (geschätzte Kosten: mindestens 4 Mia. SFr.) und um später eine umfassendere Sanierung zu ermöglichen (untere Schranke der geschätzten Kosten: 15 Mia. SFr.) oder man überlässt ihnen diese Mittel nur in ungenügender Form und nimmt damit das Risiko eines weiteren Kernreaktorunfalls

* Es handelt sich dabei um die Druckwasserreaktoren des Typs WWER-440/V230 bzw. WWER-440/V213 (von dieser Bauart befinden sich auch zwei Anlagen auf Kuba). Selbst die dritte Generation WWER-1000/V-320, die zusammen mit den 25 graphitmoderierten Reaktoren RBMK (Typ Černobyl') den Grundstock der bisherigen Kernenergieversorgung der ehemaligen Sowjetunion bildete, wäre nach westlichem Sicherheitsstandard nicht genehmigungsfähig.

** Es ist im übrigen kaum jemanden bewusst, dass von den weltweit ca. 1000 Atomreaktoren mehr als die Hälfte auf hoher See in Betrieb sind. In einer kürzlich vom "Institute of Policy Studies" (Washington) herausgegebenen Studie sind 1276 Marineunfälle zwischen 1945 und 1991 aufgelistet und beschrieben. Gemäss diesen Angaben sollen bereits 50 Atomsprengköpfe und 11 Atomreaktoren gesunkener Kriegsschiffe auf dem Meeresboden liegen.

grösseren Ausmasses in Kauf. Stellt man zu diesen 15 Mia. SFr. die (schwer abschätzbaren) 100 Mia. SFr. hinzu, die wahrscheinlich zur Sanierung der gesamten Energieversorgung des Ostens notwendig sind, wird nachvollziehbar, weshalb Politiker, die wieder gewählt werden wollen, zögern, die längerfristige Verantwortlichkeit über budgetpolitische Ueberlegungen zu stellen.

Es gibt andere Argumente, die für eine international koordinierte Hilfe mit Schwergewicht Umweltschutz sprechen. Die Entwicklung seit 'Cernobyl' hat deutlich gemacht, in welchem Ausmass ökologische Katastrophen politische Folgen nach sich ziehen, und die politische Opposition wird sich auch in Zukunft überall dort radikalieren können, wo die Lebensbedingungen nicht mehr zumutbar sind. Die Zuspitzung der mindestens regional ohnehin angespannten politischen Lage, die weitere Zersplitterung der Parteienlandschaft oder Gruppierungen, die mit Gewalt versuchen würden, das Umweltproblem zu lösen, behindern die notwendigen Wirtschaftsreformen und verschärfen die Gefahr weiterer Umweltbelastungen. Darüber hinaus geben bereits heute ökologische Probleme Anlass zu bilateralen Streitigkeiten. Es wäre deshalb kaum erstaunlich, wenn die künftige Entwicklung Osteuropas unter anderem auch durch die Gefahr eines "Oeko-Kriegs" geprägt wäre. Für die Schweiz ein noch unmittelbarer Problem wären die "Oeko-Flüchtlinge" eines weiteren Nuklearunfalls, denn ein zweites Mal würde die lokal betroffene Bevölkerung sich kaum mehr ein A für ein O vormachen lassen und bleiben, nur weil man "Radioaktivität" nicht sehen kann.

Damit muss es im Interesse der Schweiz liegen, dass genügende, international abgestimmte Hilfe geleistet wird. Es ist zu prüfen, ob künftige Osteuropahilfe nicht vermehrt konditioniert werden sollte, d.h., ob man Wirtschaftshilfe noch mehr als bisher von Umweltschutzauflagen abhängig machen soll oder nicht (z.B. Hilfe beim Aufbau einer Fabrik zur Verarbeitung von Baumwolle unter der Bedingung, dass zur Bekämpfung der Baumwollschädlinge ein diversifizierteres und geringeres Pestizid- und Düngerspektrum

eingesetzt wird), und schliesslich gilt es zu vermeiden, dass Abfall aus westeuropäischen Staaten nach Osteuropa exportiert wird (siehe Beilage 5, Greenpeace-Bericht über den Export von Abfall nach Polen, Sommer 90).

3. Die Ostflüchtlinge

Bekanntlich hat Europa zur Zeit Mühe mit dem Ersten Hauptsatz der Migrationsgeschichte. Dass Menschen aus Regionen mit niederm Lebensstandard die Tendenz haben, in Regionen mit höherem Lebensstandard zu reisen, wenn sie dazu die Möglichkeit haben, sehen zwar viele ein, doch bleibt letztlich die Ueberzeugung, dass die "ethnische Vermischung" mehr Nachteile mit sich bringt als positive soziale Werte*. Immigration wird deshalb als elementare Bedrohung der nationalen Einheit und der gemeinsamen Werte empfunden. Dies wurde unter anderem besonders deutlich, als während und nach dem Zerfall der Sowjetunion einzelne "Flüchtlingsmathematiker" mit Voraussagen an die Oeffentlichkeit traten, wonach in Zukunft mit 10, 20, 30 oder 40 Mio. Ostflüchtlingen zu rechnen sei.

Nach Schätzungen des UNHCR gibt es auf der ganzen Welt rund 17-18 Mio. Flüchtlinge**, von denen ca. 2/3 wieder zurückkehren würden, wenn dazu eine Möglichkeit bestände. Die Migration innerhalb und aus Osteuropa bewegte sich bis anhin im Rahmen von einigen hunderttausend (steigende Tendenz) und stellt daher für die Schweiz kaum eine tatsächliche (unmittelbare) Bedrohung dar. Die CSFR und Ungarn bleiben nach wie vor primäres Ziel der Flüchtlinge und illegal eingereisten Arbeiter aus Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und der ehemaligen Sowjetunion, während Polen unter anderem zum Standort einer Schattenwirtschaft von rus-

*

vgl. dazu M. Frisch: Wir fragten nach Arbeitern, und es kamen Menschen.

**

Diese Zahl schliesst die auf 15-18 Mio. geschätzten "Binnenflüchtlinge" nicht ein, die sich zwar in einer flüchtlingsähnlichen Situation befinden, aber nach der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 nicht zu den "echten" Flüchtlingen gezählt werden, da sie die Staatsgrenze nicht überschritten haben.

sischen, ukrainischen und baltischen Händlern geworden ist. In der Ex-UdSSR haben bis heute hauptsächlich Angehörige spezifischer Randgruppen (Deutsche, Juden, Armenier, Griechen) von der erleichterten Ausreisebedingungen profitieren können.

Die künftige Ost-West-Flüchtlingsbewegung hängt im wesentlichen von den sozialen Verhältnissen, den wirtschaftlichen Aussichten und der politischen Stabilität der Region ab. Gegenwärtig sind die sozialen Verhältnisse in den meisten Staaten Osteuropas unbefriedigend. Die Arbeitslosigkeit, ein wichtiger Indikator für die Emigrationsbereitschaft, beträgt zwischen 8-10 %, in Polen bereits über 10 %. Diese Zahlen belaufen sich in den nächsten Jahren voraussichtlich auf 15-20 % oder 14 Mio. Arbeitslose (ohne Ex-UdSSR), was bedeutet, dass westliche Wirtschaftshilfe mindestens die Aussicht auf bessere Verhältnisse in Osteuropa schaffen muss. Andernfalls ist weder die politische Stabilität noch das Verbleiben der Osteuropäer in ihren Staaten gesichert.

Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion befinden sich zur Zeit 60 - 70 Mio. Menschen ausserhalb ihrer Titularnation (davon 25 Mio. Russen). Wenn diese Minderheiten diskriminiert oder in Nationalitätenkonflikte verwickelt werden, flüchtet mindestens ein Teil von ihnen in Gebiete, wo sie sich Aufnahme oder bessere Lebensbedingungen versprechen. Es liegt deshalb im eigenen Interesse des Westens, sich für die Einhaltung des Minderheitenschutzes einzusetzen. Zwar sind bis auf Georgien nun alle Staaten Osteuropas in der KSZE und der UNO, was wenigstens theoretisch den Einsatz bereits vorhandener Instrumente ermöglichen würde, doch reichen diese Mittel nicht aus, um - im Gegensatz zum Kalten Krieg, als es um die Durchsetzung des Rechts zur Ausreise ging - heute die Grundlagen für ein "Bleiberecht" zu schaffen.

Im übrigen hat die Erfahrung gezeigt, dass die Menschen es vorziehen, in ihrer Heimat zu bleiben, solange die Lebensbedingungen noch zumutbar sind. Deshalb ist es - zumindest im Falle Osteuropas - unserer Ansicht nach nicht nur aussenpolitisch unge-

schickt, sondern auch in sich widersprüchlich, einem Staat in diesem Zusammenhang den Status "safe" zu- bzw. abzusprechen. Gerade die Entwicklung in Osteuropa hat überdeutlich zum Ausdruck gebracht, dass Menschen nur dann flüchten, wenn ihre Lage eben "unsafe" ist. Darüber hinaus dürfte es der Schweiz kaum anstehen, eine bedenklich verallgemeinernde und letztlich willkürliche Katalogisierung der Staatengemeinschaft in sichere und unsichere Länder vorzunehmen.

4. Militärische Bedrohung

Dabei handelt es sich um ein besonders spekulatives Feld, das durch die nuklearen Probleme (Proliferation, Kontrolle über strategische und taktische Nuklearwaffen, "Nuklear know-how") noch an Bedeutung gewonnen hat. Trotzdem drei (grundsätzliche) Bemerkungen:

I. In den militärpolitischen Debatten dreht sich die Diskussion sehr schnell um die Frage, ob die Schweiz noch in einen Krieg hineingezogen werden könnte und inwieweit heute Kriege überhaupt noch möglich sind. Die Gewissheit, dass angesichts des nun unumstrittenen Ideals der Demokratie zivilisierter und dauerhafter Frieden weltweit entwickelbar und institutionalisierbar ist, teilen wir nicht. Kriege sind wiederkehrend, und es wäre leichtfertig, in diesem Zusammenhang zu schnell an "das Gute" der Zukunft zu glauben. Die bereits tot geglaubte und nach dem Fall der Mauer wieder vertretene Auffassung, wonach Kriege zwischen fortgeschrittenen Industriegesellschaften nicht mehr zu gewinnen und deshalb nicht mehr möglich geworden sind, da die hochgerüsteten und zugleich hochverwundbaren Konfliktparteien weitgehend zerstören, was erobert oder verteidigt werden sollte^{*}, erinnert an Illusionen des auslaufenden 19. Jahrhunderts. Die Entwicklung seit 1989 lässt im Gegenteil eher den Schluss zu,

* W.R. Vogt, Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktsforschung, Hamburg: "Sind Kriege abschaffbar?", Januar 1992.

dass grundsätzlich die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen nicht geringer geworden ist. Kleinere (Interventions-)Kriege unterhalb der Atomschwelle werden wieder für führbar und gewinnbar gehalten, um die Interessen der ressourcenabhängigen Staaten in sogenannten "low intensity conflicts" oder durch "out-of-area" Einsätze durchzusetzen**.

II. Auf der andern Seite tendieren die Militärs in ihren Berichten im allgemeinen dazu, dem militärischen Faktor eine verzerrend zentrale Rolle einzuräumen, wodurch der Eindruck entsteht, als seien die Probleme Osteuropas letztlich militärischer Natur.*** Gleichzeitig besteht dabei die Neigung, die Bedrohungen, welche von einzelnen Regionalkonflikten ausgehen zu überzeichnen. Konflikte wie der Krieg um Nagornji-Karabach können zwar das regionale Umfeld destabilisieren, bilden für die Schweiz aber erst dann eine echte Bedrohung, wenn dadurch das Verhältnis zwischen nicht am Konflikt beteiligten Staaten massgebend beeinträchtigt wird.**** Solange ein internationaler Konsens darüber besteht, ob und wie man allenfalls zur Lösung des Konflikts beitragen kann, ist dies nicht der Fall. Umso wichtiger ist deshalb das schweizerische Engagement bei der überregionalen Diskussion zur Lösung regionaler Krisen und die Beteiligung bei friedenserhaltenden, bzw. konfliktbremsenden Massnahmen. Eine nicht mehr überschaubare Ausbreitung von regionalen Krisen würde politisch labile und radikalisierte Verhältnisse zur Folge haben, was nicht im Interesse der Schweiz sein kann. Institutionell besonders betroffen ist dabei die KSZE (aber auch die NATO), deren Existenz und Ziele auf der Dreiteilung der Nordhalbkugel beruhen (Westen,

** vgl. in diesem Zusammenhang die Debatte über die Auslegung des deutschen Grundgesetzes, d.h. Zulässigkeit und Wünschbarkeit einer Beteiligung der Bundeswehr am kollektiven militärischen Einsätzen jenseits der Grenzen des NATO-Einsatzgebietes.

*** vgl. als Beispiel den (vertraulichen) Konferenzbericht: Situation and Perspectives in the former USSR, Dr. Theodor H. Winkler, Beauftragter des Generalstabschefs für sicherheitspolitische Fragen.

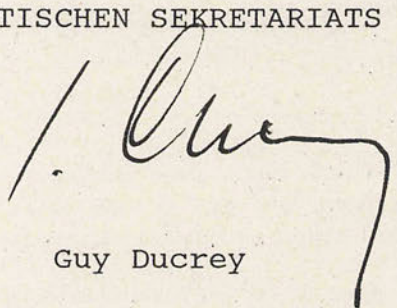
**** Dies gilt allerdings nur für die Krisenherde Osteuropas. Sobald, wie im Balkan (Jugoslawien) oder im Nahen Osten (Irak), wirtschaftliche Interessen der Schweiz wesentlich berührt werden, sind Regionalkonflikte sehr wohl eine Bedrohung. Dies ist (bis anhin) in Osteuropa nicht der Fall.

Neutrale und Osten). Mehr noch als die NATO ist deshalb die KSZE zur Neudefinierung ihrer Ziele gezwungen, wenn sie längerfristig bestehen bleiben will (vgl. dazu p.B.58.71.GUS-THU/BUG, Zwei Aspekte der Situation in den südlichen GUS-Republiken, 27. Februar 1992).

III. Viel grundsätzlicher ist allerdings die (längerfristige) Gefahr, dass einzelne Staaten der GUS wieder in autoritäre Strukturen zurückfallen könnten (vgl. dazu p.B.58.2.GUS-THU/BUG, Zwei Bemerkungen zur Entwicklung in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, 17. Februar 1992). Abgesehen von den politischen Folgen, die sich daraus ergeben dürften, ist es zumindest nicht auszuschliessen, dass dabei auch militärische Schritte unternommen würden, die für die Schweiz eine Bedrohung darstellten.

Es gilt deshalb zu verhindern, dass die Konsolidierung Europas wie eine Abschottung gegen aussen aussieht und dass ein enttäushtes ausgegrenztes Russland sich von "Europa" abwendet. Dass die Integration Osteuropas letztlich mit westeuropäischem Verzicht verbunden ist, um die längerfristigen Interessen aller zu sichern, wird im Westen nicht überall verstanden und macht deutlich, wie nahe in der Osteuropapolitik Chance und Risiko liegen.

DER CHEF DES
POLITISCHEN SEKRETARIATS



Guy Ducrey

Beilage 1

Table 3. SO₂ emissions in 1985/86 (million tonnes)

	East Germany ^a	Poland ^b	Czechoslovakia
	5.0	4.3	3.37
	Hungary	Bulgaria	Romania ^c
	1.4	1.1	0.2
For comparison: [*]	UK	West Germany	Sweden ^d
	3.7	2.3	0.2

^a East German Statistical Year Book, 1989.

^b In 1989 total emission of SO₂ in Poland was 3.9 million tonnes according to *Monitor Ochrony Srodowiska - Atmosfera*, 105, Warszawa listopad 1989, quoted in *Quality of the Environment in Poland*, Institute of Environmental Protection, Warsaw, 1990.

^c Last available data for Romania is for 1980

^d *The State of Transboundary Air Pollution*, Air Pollution Studies No.5, United Nations, New York, 1989.

* Average GDP per capita in the UK, Sweden, France and the Netherlands was approximately four times the average in Bulgaria, Czechoslovakia, Hungary and Poland in 1985, source *United Nations Statistical Yearbook 1985/86*, New York, 1988. Per capita SO₂ emissions in the UK was half that in Poland, Hungary and Bulgaria, and one-third that in Czechoslovakia in that year.

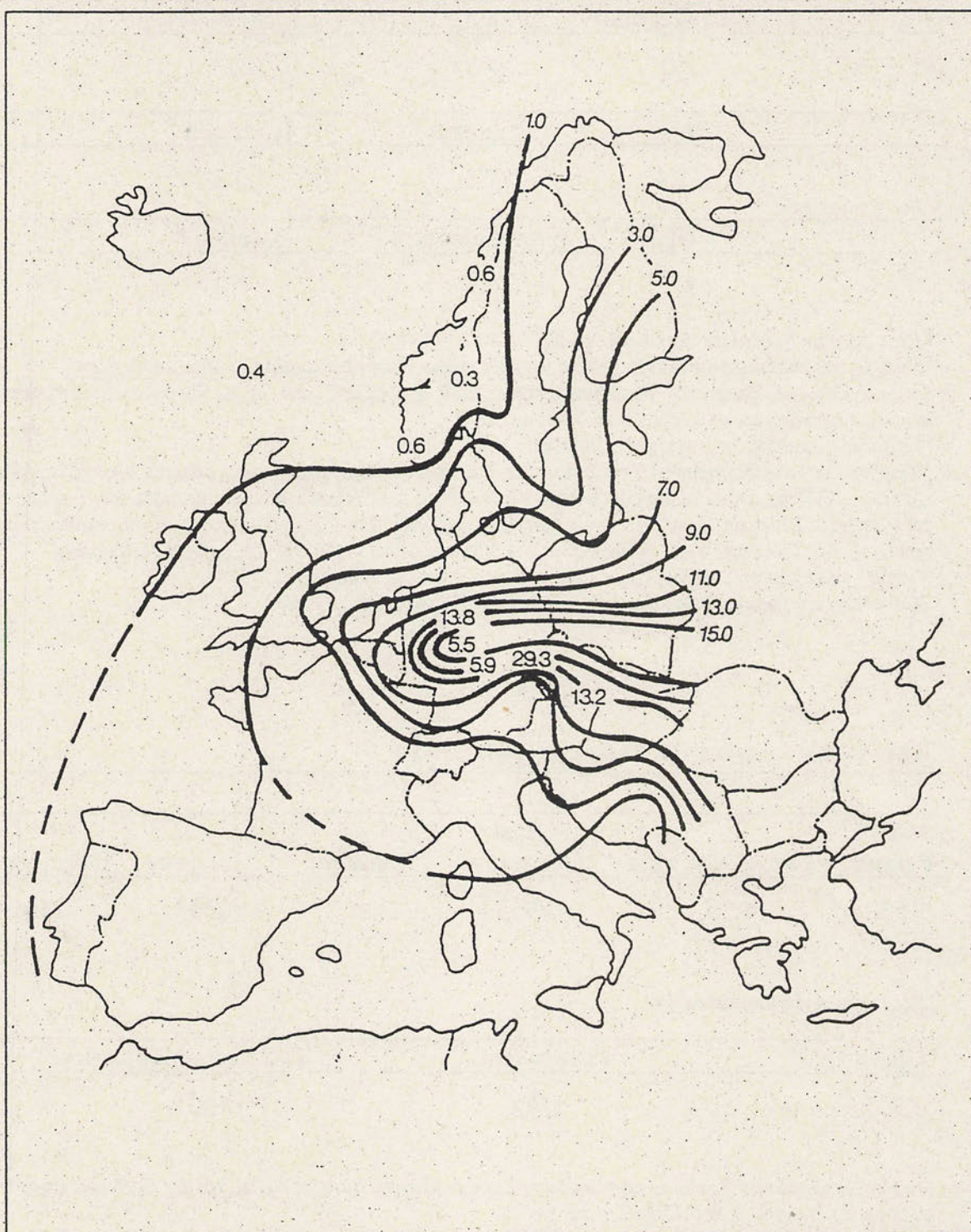
Source: *Environmental Status Reports*, Vol.1. EEP, IUCN, op.cit., 1988/9

Table 4. NO_x emissions ('000 tonnes) (1988)

Poland	Czechoslovakia	East Germany	Romania	Hungary	Bulgaria
1,550	950	955	390	259	150
For comparison (preliminary):					
UK (mt)	France (mt)		The Netherlands (mt)		
2,300	1,700		560		

Sources: *Atmospheric Pollution and Emission Levels - Eastern Europe*, IUCN, March 1990 and United Nations, op. cit., ref .8, and Table 2, p.15.

Figure 2. Annual mean concentrations of SO₂, 1985 ($\mu\text{g s/m}^3$)



Source: United Nations, op.cit., ref. 8.

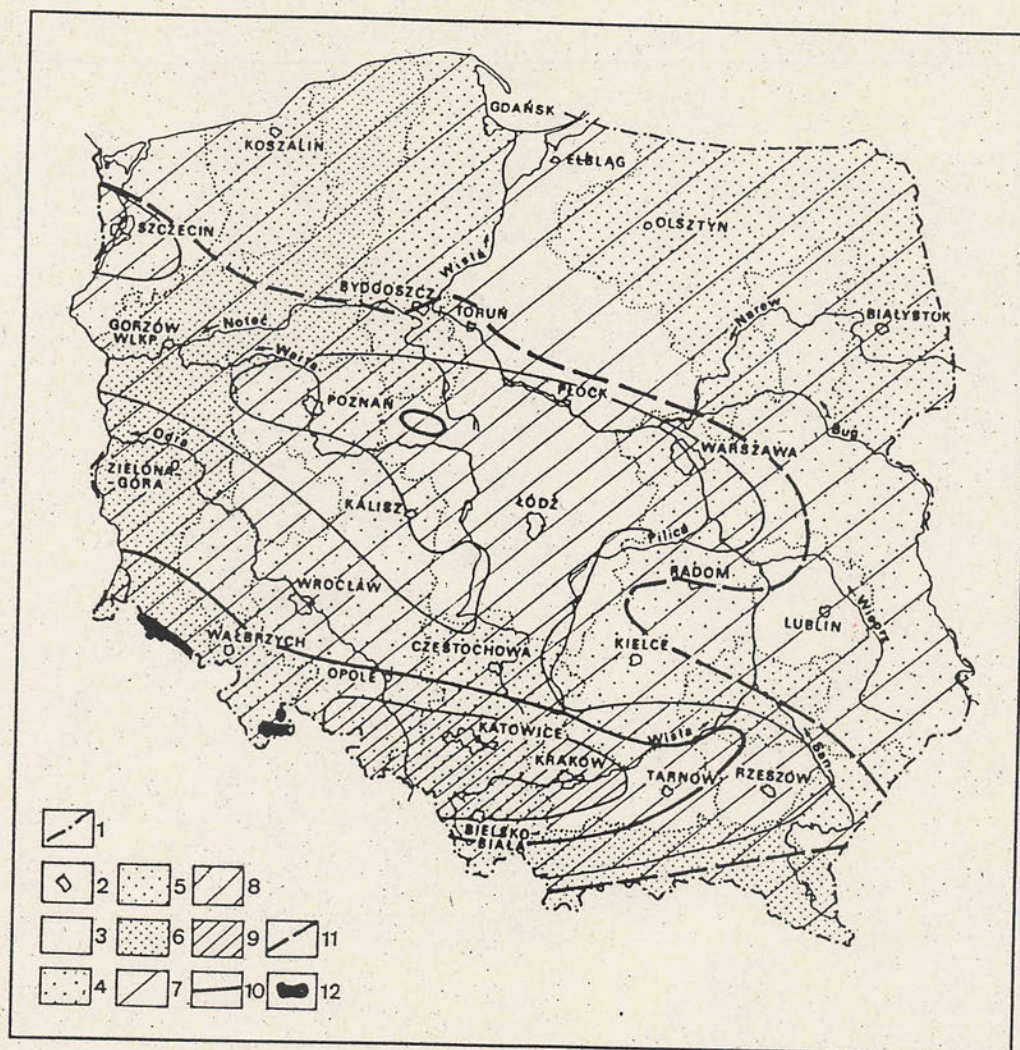


Figure 2: Pollution of the atmosphere with sulphur dioxide.
(Source: NPEP 2010.)

Key:

- | | | | |
|---|--------------------------------|----|--|
| 1 | state boundary | 7 | low threat to forests |
| 2 | urban centres | 8 | significant threat to forests |
| 3 | forest cover (1985) 9-19.9% | 9 | large threat to forests |
| 4 | forest cover (1985) 20.0-27.6% | 10 | isoline concentration of $\text{SO}_2 = 64 \text{ ug/m}^3$ (1987) |
| 5 | forest cover (1985) 27.7-37.9% | 11 | isoline concentrations of $\text{SO}_2 = 32 \text{ ug/m}^3$ (1987) |
| 6 | forest cover (1985) 38-48.3% | 12 | damaged forest areas. |

Beilage 4

Gewässer Polens

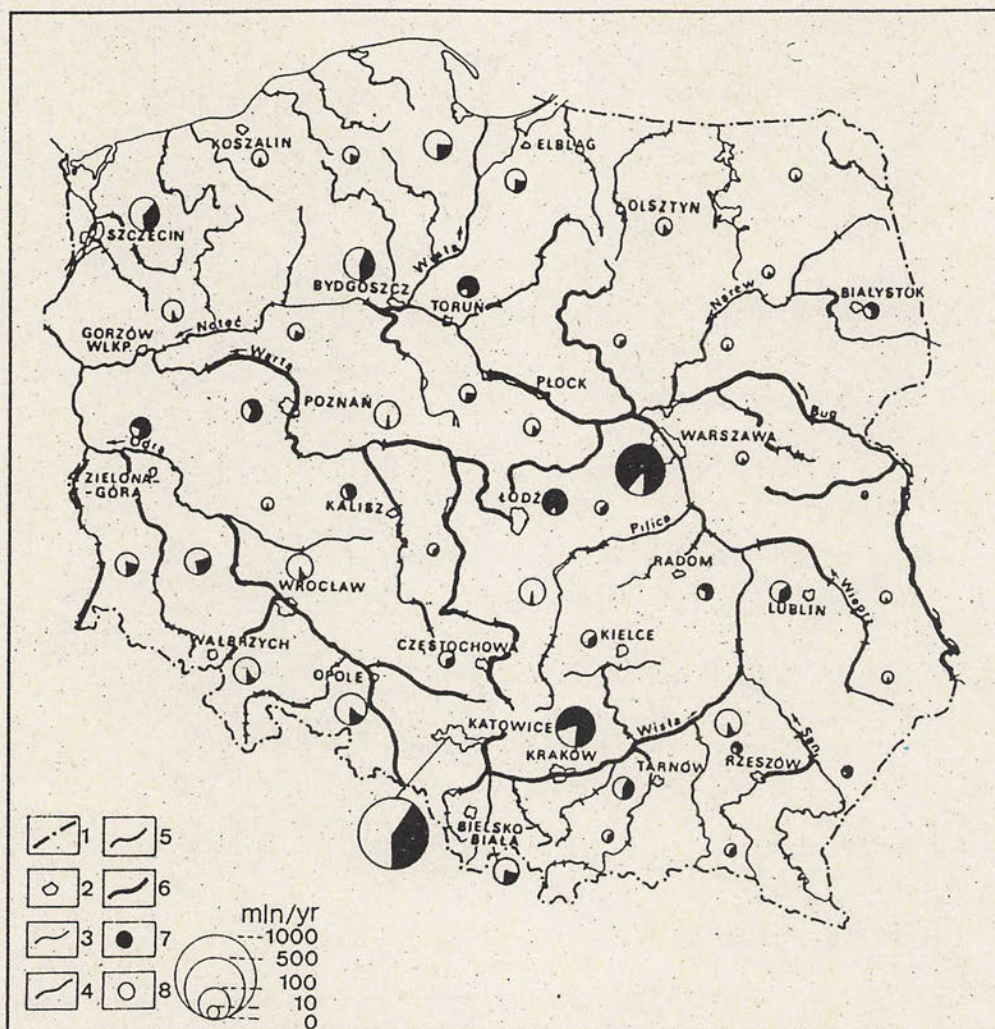


Figure 3: Quality of watercourses in 1985.

(Source: NPEP 2010.)

Key:

- | | | | |
|---|-----------------|---|---|
| 1 | state boundary | 5 | Class III waters |
| 2 | urban centres | 6 | unclassifiable waters |
| 3 | Class I waters | 7 | untreated industrial and urban effluent |
| 4 | Class II waters | 8 | treated industrial and urban effluent |

Klasse I : nach Destillation trinkbar
 Klasse II : nach chemischer Aufbereitung trinkbar
 Klasse III : nicht trinkbar

Beilage 5

Polen, Stand 20.07.90

TABELLE I

Liste der beteiligten Länder mit Hauptabfallarten

Land	bekannte Projekte	Abfallarten
BRD/W-Berlin	29	Ausschußware, gebrauchte Geräte, Batterien, Kabel, Transformatoren, Elektronikschrott, Gummi- und Lederreste, Atommüll, Klär- und Baggerschlamm, Stahlstäube, Walzzunder, verbrauchte Bleicherde, alte Farben, dioxinhaltige Lösemittel, PCBs, Altöl, Flugasche, Rea-Gips, Autos
Schweden	6	Kabelschrott, alte Farben, PCB-haltige Transformatoren und Kondensatoren
Österreich	5	Batterien, Kabelschrott, flüssige Industriechemikalien, Lösemittel, Giftmüll
<u>Schweiz</u>	4	Filteraschen, Altöl, Industrie- und Hausmüll
Italien	3	infektiöser Klinikmüll, Trafos, Kondensatoren
Niederlande	2	Baggerschlamm, verschmutzte Folien
USA	2	Chemiemüll, infektiöse Abfälle, Hausmüll, Farben, Atommüll, Giftmüll
Sowjetunion	2	alte Lokomotiven, Aluminiumschlacke
Großbritannien	1	Elektromotoren, alte Farben
Norwegen	1	Kabelschrott
Dänemark	1	Klärschlamm
DDR	1	Atommüll (Transit)

- Kopien :
- Sekr. BRF
 - Pol. Abteilung I
 - Pol. Abteilung III
 - Finanz- und Wirtschaftsdienst
 - Europaratsdienst
 - Presse- und Information
 - Direktion für Völkerrecht
 - DEH
 - DVA
 - BAWI: Staatssekretär F. Blankart
 - Botschafter S. Arioli
 - Herrn H. U. Mazenauer, Osteuropadienst
 - UNA : Div. P. Regli
 - Herrn F. Schreier
 - Herrn E. Martin, RIA, WI, PR, AML, KD
 - Schweizerische Missionen in Genf, Brüssel, New York und Wien
 - Schweizerische Delegation in Genf
 - Schweizerische Botschaften in Ankara, Athen, Belgrad, Bonn, Budapest, Bukarest, Den Haag, Helsinki, Lissabon, London, Madrid, Moskau, Oslo, Ottawa, Paris, Peking, Prag, Rom, Stockholm, Tokio, Warschau, Wien und Washington.